

**Landesparteitag  
der LINKEN**  
23. November, 10 Uhr  
WISTA-Veranstaltungszentrum  
Rudower Chaussee 17



Foto: Jörg Rückmann

Der Energie-Volksentscheid ist knapp gescheitert. Nicht an der Zustimmung der Teilnehmer, denn die lag bei 83 Prozent. Aber nur 24,1 Prozent der Berliner Wahlberechtigten haben zugestimmt. CDU und SPD sind zufrieden, ohne Mitsprache der Bürger regiert es sich besser.

## Wohnen und Mieten in Berlin

Mitte Oktober luden der Landesvorstand der LINKEN und die LAG Städtebau und Wohnungspolitik in Vorbereitung des Landesparteitages im November zu einer ganztägigen Veranstaltung zum Thema Mieten und Wohnen ins Karl-Liebknecht-Haus ein.

In seinen einführenden Worten wies Klaus Lederer darauf hin, dass der Verkauf der GSW-Wohnungen 2008 ein großer Fehler war und forderte, dass kommunaler Wohnraum nicht mehr verkauft werden darf. Ausgehend von der Einschätzung des zwischen dem Senat und den sechs Wohnungsbaugesellschaften der Stadt geschlossenen „Bündnisses für soziale Wohnungspolitik und bezahlbare Mieten“, das er als Anachronismus charakterisierte, forderte Lederer eine Änderung der Wohnungspolitik der Stadt. Die demokratische Gestaltung der Wohnungspolitik müsse zurückerobert werden.

Katrin Lompscher berichtete von den vielen Anträgen der Linksfraktion im Abgeordnetenhaus – die durchweg abgelehnt wurden – und bemängelte die nicht ausreichende Vernetzung der Mieterinitiativen. Sie for-

derte eine Richtsatzmiete für Sozialwohnungen und eine neue Kooperationskultur zwischen allen Beteiligten, wobei DIE LINKE in einer besonderen Bringschuld stehe.

Interessant war auch der Beitrag von Ulrike Hamann über die Probleme der „Mieterinitiative Kotti & Co“ mit Verweisen auf die unterschiedlichsten Lösungsansätze wie Rekommunalisierung, revolvingende Fonds, kommunale Selbstverwaltung und Haus- und Baugruppen. Enrico Schön stellte das „Miethäuser Syndikat“ vor, wo gemeinsames Wohnen auf die Menschen ausgerichtet ist und nicht auf den Profit. Melany Dyck von der „Mieterinitiative 23“ forderte für die 23 einst von der Stadt an die GSW verschenkten und danach privatisierten Häuser ein Wohnmodell, das durch Rekommunalisierung, demokratische Arbeitsweise, Transparenz und Mietermitbestimmung geprägt ist.

Nach den Vorträgen wurden in vier Arbeitsgruppen die unterschiedlichen Aspekte diskutiert und die Ergebnisse in der Abschlussdebatte als Vorschläge zur Ergänzung des vorgelegten Materials unterbreitet.

Lieselotte Bertermann

## Bleiberecht ist Menschenrecht!

Von Evrim Sommer, Bezirksvorsitzende der LINKEN. Lichtenberg

Das Mittelmeer ist zu einem Massengrab geworden. In den letzten Jahren sind dort mehr Menschen als je zuvor ertrunken. Es sind Flüchtlinge aus Afrika. Die EU betreibt eine Abschottungspolitik und eine Abschreckungsstrategie, indem sie Rettungsmaßnahmen für Schiffbrüchige verweigert.

Konservative Politiker und Rechte machen Stimmung gegen sogenannte „Wirtschaftsflüchtlinge“. Doch diese Menschen fliehen vor Kriegen, Katastrophen, vor Hunger und Elend. Und oft sind diese Probleme von Europa selbst gemacht. So fischen riesige Trawler unter europäischen Flaggen die Westküsten Afrikas leer und berauben die Fischer ihrer Lebensgrundlage. Die EU subventioniert dieses Vorgehen auch noch mit Millionen.

Diese falsche Flüchtlingspolitik führt auch dazu, dass Flüchtlinge in Deutschland für ihre Rechte kämpfen müssen. In Berlin traten Flüchtlinge deshalb in einen Hungerstreik.

Die Tragödien der letzten Wochen haben uns einmal mehr vor Augen geführt, dass diese Abschottungspolitik gescheitert ist. Es ist unsere Aufgabe, entschieden politisch dafür einzutreten, dass sich dies ändert. Und es ist unsere moralische Pflicht, den Menschen zu helfen, die auf unserem Kontinent nach einem lebenswerten Leben suchen.

Und ganz nebenbei gesagt wären wahrscheinlich auch meine Familie und ich nicht mehr am Leben, hätten wir 1980 in West-Berlin kein Asyl gefunden.

## Foto des Jahres

Ob geknipst oder fotografiert – wir suchen das „Foto des Jahres“. Es soll zeigen, wie lebendig DIE LINKE in Lichtenberg war und ist. Schickt die Fotos (mit Namensangabe und einer aussagekräftigen Bildunterschrift) bitte an: [lichtenberg@die-linke-berlin.de](mailto:lichtenberg@die-linke-berlin.de).



## Bürgerhaushalt auch in Frankreich?

**In Frankreich bereitet sich der Front Gauche, der Zusammenschluss der linken Parteien des Landes, auf die Kommunalwahlen im Frühjahr 2014 vor. Die Parti de Gauche (Linkspartei) sowie die PCF (Kommunistische Partei Frankreich) üben scharfe Kritik an Präsident Hollande und warnen vor dem Front National (Nationalistische Rechte).**

André Chassaigne ist PCF-Abgeordneter der Nationalversammlung. Seit vielen Jahren vertritt er dort die Interessen seiner Wählerinnen und Wähler in der Auvergne, genauer gesagt im Département Puy-de-Dôme, das vor allem bekannt ist durch seine Vulkanlandschaft. In der stark landwirtschaftlich geprägten Region mit der Hauptstadt Clermont-Ferrand hat auch der Michelin-Konzern seinen Sitz. Chassaigne wurde hier mit 65,90 Prozent der Stimmen gewählt. Das ist ein ordentliches Ergebnis, denn traditionell schneiden die Parti de Gauche, aber auch die PCF bei den Kommunalwahlen im ländlichen Raum recht gut ab und stellen häufig auch Bürgermeister.

Von der Enttäuschung der Menschen über die Politik Hollandes konnte bisher aber vor allem der rechtspopuläre Front National (FN) profitieren, wie jüngst die Kantonswahl im südfranzösischen Brignoles gezeigt hat.

Die Hoffnung, Hollande würde das Land gerechter machen und nach Sarkozy einen Kurswechsel einleiten, ist dahin. Er hat das Land nicht sozialer gemacht, darin sind sich Chassaigne und seine Mitstreiter einig. Kleine und durchschnittliche Verdienner sowie Rentnerinnen und Rentner werden zum Teil stärker belastet als unter Sarkozy. Zwar er-

halten Frauen und Männer zwischen 18 und 25 Jahren erstmals finanzielle Hilfen, jedoch liegt die Jugendarbeitslosigkeit in vielen Kommunen bei fast 25 Prozent.

Der FN schlägt mit seinen rechtspopulistischen Parolen aus der Enttäuschung der Franzosen immer mehr Kapital. Obwohl linke Parteien vor der Kantonswahl ihre Anhänger aufgefordert hatten, der Kandidatin der UMP, also der Partei Sarkozys, ihre Stimme zu geben, gewann Laurent Lopez, Kandidat des FN, die Stichwahl mit 53,9 Prozent der Stimmen. Galt der FN noch in den achtziger Jahren als unwählbar, so verbinden heute immer mehr Menschen in Frankreich mit den Nationalisten die trügerische Hoffnung auf einen Politikwechsel.

Derweil versucht die PCF in Vorbereitung der Kommunalwahlen, mit Bürgerbeteiligung zu punkten. So verteilt sie an die 20000 Einwohner von Riom Fragebögen und will so herausfinden, womit die Menschen zufrieden sind und wo die Politik etwas bewegen muss. Die „Bürgervorschläge werden dann Teil unseres Programms“, sagt Jacky Grand, ehemaliger Eisenbahner und Mitglied der PCF. Kontakt mit den Menschen halten, das ist ihm besonders wichtig. Die Idee eines Bürgerhaushalts wie in Lichtenberg findet er so gut, dass er sie dann auch gleich in der örtlichen Bürgerversammlung vorträgt. Vielleicht schafft es der Bürgerhaushalt, der erstmals 1989 in der brasilianischen Stadt Porto Alegre eingeführt wurde, über Lichtenberg auch nach Riom. *Norman Wolf*

*PCF in Aktion: Die Kommunisten in Frankreich setzen bei der Vorbereitung der Kommunalwahlen auf Bürgerbeteiligung.*



## KOMMENTIERT

### Zuchtmeister statt Zahlmeister?

*„Ich habe meine Stimmen Gesine Lötzsch und der AfD gegeben, weil beide gegen den Euro sind“, erzählten mir viele. Welch ein fataler Irrtum. Euro-Kritik ist nämlich nicht gleich Euro-Kritik.*

*Die „Alternative für Deutschland“ (AfD) sieht mit der Euro-Rettung die nationalen Interessen Deutschlands verletzen. Sie fordert eine Außenpolitik mit deutschen Interessen als Nabel der Welt, ein Zurück zur D-Mark-Zeit mit Wachstumsgarantien gegen andere, die Alleinverantwortung eines jeden Euro-Landes für die Krisenbewältigung, unabhängig von den Ursachen. Deutschland müsse dabei quasi „vom Zahlmeister zum Zuchtmeister“ werden. Das sind nationalistische und extrem fremdenfeindliche Positionen.*

*Die AfD verschweigt, dass deutsches Exportkapital durch den riesigen Binnenmarkt mit einheitlicher Währung sowie ohne Zollgrenzen und Wechselkurse Maximalprofite erzielt. Sie tut so, als wären die Privatisierung der Profite und die Vergesellschaftung der Kosten naturgegeben und alternativlos. Und sie will vergessen machen, dass die Schaffung des Binnenmarktes ohne wirtschaftliche und soziale Regulative die politische Morgengabe an die deutsche Exportindustrie war.*

*Keinesfalls ist also die Bundesrepublik Opfer, sondern Täter, weil sie die Krise maßgeblich verursacht hat. CDU/CSU, FDP, SPD und Grüne verhinderten eine politische und Sozialunion und setzten das Fehlkonzept durch, die EU allein über eine einheitliche Währung schaffen zu wollen. Nicht zu wenig nationale Interessen, sondern zu viele Profitinteressen nationaler Banken und Konzerne – das ist der politische Geburtsfehler der EU und des Euro.*

*Mit der Forderung nach EU-weiten politischen und sozialen Regeln zielt DIE LINKE auf ein Europa für alle seine Menschen und nicht nur für Banken und Konzerne. Damit müssen wir uns sowohl gegen nationalistische Demagogie als auch gegen kapitalistische Europaeuphorie profilieren. Das wird schwer, aber leichter geht es nicht. Peter-Rudolf Zolt*





## Gesucht werden wieder Aufbauhelfer

Interview mit Thomas Ziolko, Vorsitzender der „Gemeinschaft der Förderer von Tierpark und Zoo Berlin e.V.“ Die Fragen stellte Joachim Pampel.

● Erneut flammte in den letzten Wochen die Sorge um die Zukunft des Tierparks auf. Können Sie unseren Leserinnen und Lesern, von denen viele selbst noch Mit-erbauer waren bzw. sich aktiv für dessen Erhalt einbringen, diese Sorge nehmen?

Für Tierpark und Zoo liegen Monate der öffentlichen Diskussion hinter uns. Gerade die Zukunft des Tierparks stand im Mittelpunkt der Debatte. Es wurde zu Recht kritisiert, dass sich die Geschäftsführung des Tierparks nicht konsequent der notwendigen Weiterentwicklung gestellt, diese sogar blockiert hat. Daher hat der Aufsichtsrat Mitte August die Weichen gestellt und mit Dr. Andreas Knieriem als zukünftigem Direktor von Tierpark und Zoo einen erfahrenen und renommierten Zoologen gefunden. Er ist in der internationalen Zoowelt ein anerkannter Visionär, der nicht nur über menschliche und wirtschaftliche Kompetenzen verfügt, sondern dem auch stets das Wohlergehen der Tiere und die Bedürfnisse der Besucher am Herzen liegen.

● Das Land Berlin gibt Geld für die Tierparks. Welche konkreten Verpflichtungen und Gestaltungsmöglichkeiten ergeben

### Vieles bewegt

Die „Gemeinschaft der Förderer des Tierparks“ wurde 1956 gegründet und fördert seit 2007 auch den Berliner Zoo. Ihr erster Vorsitzender war Harri Leopold. Thoma Ziolko steht dem Förderverein von Tierpark Berlin und Zoo Berlin seit 2004 vor. Aktiv engagieren sich derzeit rund 2000 Menschen ideell und materiell für die Entwicklung von Zoo, Tierpark und Aquarium. Mitglied der Fördergemeinschaft kann jede Privatperson werden. Der Jahresbeitrag liegt bei 30 Euro.

In den vergangenen Jahren wurden den Hauptstadtzoos über 1,5 Million Euro für deren weiteren Auf- und Ausbau übergeben. Die Fördergemeinschaft ist Gründungsmitglied der Gemeinschaft Deutscher Zooförderer.



Foto: Silke Wenk

*Vor allem die kleinen Besucher lieben ihn: den Eisbär Wolodja.*

sich daraus für die Öffentliche Hand? Können Ihrer Ansicht nach noch weitere Potenziale erschlossen werden?

Es wird jetzt darum gehen, in einem transparenten Verfahren eine solide Entwicklungsplanung für den Tierpark aufzustellen. Dabei gilt es, die Besonderheiten zu bewahren und sich gleichzeitig neu zu erfinden. Die Zukunft des Tierparks muss im Team gestaltet werden. Wir brauchen ein Miteinander von Mitarbeitern, Besuchern, Wirtschaft und Politik. Vor allem brauchen wir ein Klima der Kreativität. Wenn wir eine zukunftsfähige Planung haben, dann muss sich auch das Land Berlin bekennen, diese Entwicklung finanziell zu unterstützen.

● Welche Mittel und Möglichkeiten hat der Förderverein, um die Zukunft des Tierparks mitzugestalten?

Mit unseren 2000 Mitgliedern unterstützen wir den Tierpark seit vielen Jahren durch Spendenprojekte und durch ehrenamtliches Engagement. Wir als Förderverein werden mit all unserer Kraft die Herausforderungen annehmen. Dafür brauchen wir natürlich weitere Mitstreiter. Wir wollen bis 2014 für den Umbau des Alfred-Brehm-Hauses ca. 170 000 Euro an Spenden übergeben.

Gleichzeitig möchten wir dazu beitragen, das verloren gegangene Vertrauen der letzten Jahre wiederzugewinnen. Daher haben wir Zukunftsdialoge gestartet, in denen sich Besucherinnen und Besucher aktiv mit ihren

Ideen einbringen können. Daraus wird ein Forderungskatalog erarbeitet und gemeinsam mit dem neuen Direktor beraten, welche Projekte umgesetzt werden können.

● Wie kann man den Tierpark unterstützen, auch wenn man nicht Mitglied des Fördervereins ist?

Grundsätzlich ist die Mitgliedschaft im Verein ein wichtiger Beitrag zur Förderung des größten europäischen Landschaftszoo. Nicht nur weil dies eine finanzielle Unterstützung darstellt, sondern auch die Verbundenheit der Berlinerinnen und Berliner mit dem Tierpark verdeutlicht. Darüber hinaus kann man eine Tierpatenschaft übernehmen, sich eine Jahreskarte kaufen bzw. verschenken oder sich ehrenamtlich engagieren.

● Welches Projekt verfolgen Sie derzeit mit besonderer Aufmerksamkeit?

Im Jahr 2014 liegt die Grundsteinlegung für den Tierpark 60 Jahre zurück; ein Jahr später feiern wir 60 Jahre Tierpark-Eröffnung. Wir wollen als Förderverein anlässlich dieser Jubiläen an die vielen Aufbauhelfer erinnern. Deshalb suchen wir auch Aufbauhelfer aus den Jahren 1954 bis 1959 sowie Fotoerinnerungen. Es ist eine Festveranstaltung für die Aufbauhelfer sowie eine Fotoausstellung über die Aufbauarbeiten geplant. Wir wollen diese Leistung und die tatkräftige Unterstützung von damals würdigen. Das ist eine Idee aus den Zukunftsdialogen. Das damalige Gefühl der Solidarität mit dem Tierpark benötigen wir auch heute wieder.



## Vernunft oder Prinzip

Die Bezirksverordnetenversammlung am 24. Oktober begann mit einem bunten Protest, der aber einen sehr ernsten Hintergrund hat. Eltern und Kinder der Robinson-Grundschule waren gekommen, um mit selbst gemalten Plakaten gegen den Bau einer zusätzlichen Supermarkt-Parkplatz-Zufahrt unmittelbar gegenüber des Schuleingangs in der Wönnichstraße zu demonstrieren.

Der BVV war das Problem nicht neu, denn die engagierten Eltern hatten von Anfang an auf die Gefahren, die durch den zusätzlichen Verkehr für Schülerinnen und Schüler entstehen, aufmerksam gemacht. Deshalb



Trotz Protest von Eltern und Schülern entsteht gegenüber dem Eingang der Robinson Grundschule eine Zufahrt zum Supermarkt.

waren alle erleichtert, als der Projektentwickler KMLK zusagte, auf diese Zufahrt zu verzichten.

Nun hat er sein Versprechen gebrochen und Kinder, Eltern und den zuständigen Stadtrat vor vollendete Tatsachen gestellt. Einhellig verurteilten Vertreter aller Fraktionen dieses Verhalten als verantwortungslos. Gemeinsam wurde darüber diskutiert, wie man solch unseriöse Machenschaften verhindern kann. Allen ging es um die Interessen von Bürgerinnen und Bürgern.

Warum die Zählergemeinschaft im weiteren Verlauf dann bei zwei Anträgen der LINKEN dieses Prinzip aufgab, blieb im Dunkeln.

Zum einen ging es um den Dringlichkeitsantrag, das Lichtenberger Ausbildungsprojekt LiGA auch im Jahr 2014 fortzusetzen. Dabei geht es um die Ausbildung von jährlich 56 sozial benachteiligten und individuell beeinträchtigten jungen Menschen. Das Projekt läuft bereits im neunten Jahr erfolgreich in Kooperation zwischen dem Jobcenter Lichtenberg und dem Jugendamt. Deshalb ist es um so erstaunlicher, dass das Jobcenter eine Fortsetzung im nächsten Jahr nicht vorsieht. Die Dringlichkeit des Antrags ergab sich aus der Tatsache, dass die Planung des Haushalts für Maßnahmen im Jobcenter Lichtenberg im November abgeschlossen sein wird. Das hielt einen Vertreter der Zählergemeinschaft aber nicht davon ab, die Überweisung in den Haushaltsausschuss zu beantragen. Auch der gezielte Hinweis darauf, es ginge nicht um den Haushalt des Bezirkes, sondern um den des Jobcenters, wofür der Bezirk definitiv nicht zu-

ständig ist, änderte nichts. Wenn es darum geht, eine gute Initiative der LINKEN zu verhindern, ist keine Idee absurd genug. Der Antrag wurde mehrheitlich in den Hauptausschuss überwiesen. Und damit ist wertvolle Zeit verschenkt.

Bizarrr auch die Begründung von Vertretern der Zählergemeinschaft, warum sie den Antrag der LINKEN, Lichtenbergerinnen und Lichtenberger dazu aufzurufen, sich am 3. November an der Abstimmung über den Volksentscheid zur Rekommunalisierung des Stromnetzes zu beteiligen und mit „Ja“ zu stimmen, für nicht zustimmungsfähig hielten. DIE LINKE bezog sich dabei auf das Beispiel Hamburg, wo gerade in einem Volksentscheid über 50 Prozent dem vollständigen Rückkauf der Strom-, Gas- und Fernwärmenetze durch die Stadt zugestimmt hatten.

BVV-Vertreter der SPD und der CDU waren durchaus dafür, um die Beteiligung an dem Volksentscheid zu werben, lehnten aber strikt ab, eine Entscheidungsempfehlung abzugeben. Also wurde der Antrag modifiziert und – ohne die Aufforderung, mit „Ja“ zu stimmen – beschlossen.

Nun gut, DIE LINKE konnte damit leben. Uns war der Aufruf zur Beteiligung sehr wichtig. Aber wie erstaunt war ich doch, als ich noch am selben Abend ein wenig recherchierte und auf einen Artikel in der „Berliner Morgenpost“ über eine Empfehlung der Berliner Regierungskoalition stieß. Da stand in riesigen Lettern: „SPD und CDU empfehlen Nein zum Strom-Volksentscheid“.

Tanja Behrend

+ kurz gemeldet +++ kurz gemeldet +++ kurz gemeldet +++ kurz gemeldet +

### Fremdsprachenkino

Das CineMotion in der Wartenberger Straße und die Margarete-Steffin-Volkshochschule zeigen Filme in Originalsprache mit deutschen Untertiteln. Die Karten kosten fünf Euro. Schulklassen können Vormittagstermine buchen.

### Integrationsbeauftragte

Seit Mitte Oktober ist Bärbel Olhagaray neue Integrationsbeauftragte unseres Bezirks. Sie leitete bisher u. a. die Interkulturelle Einrichtung „Mikado-Talentladen“, war Ausländerbeauftragte des Bezirksamtes Hohenschönhausen und arbeitete im Stadtteilmanagement Lichtenberg.

### Bürgerbutton

Ab 2014 soll auf der Online-Plattform des Bezirksamtes der Menüpunkt „Bürgerbeteiligung“ starten. Mit diesem „Bürgerbutton“ nach Pankower Vorbild würde die BVV (Sitzung am 21. November) den Einwohnern mehr Möglichkeiten einräumen, direkter als bisher auf die Beschlüsse der BVV Einfluss zu nehmen.

### Stefan-Heym-Platz

Am 18. November ab 15 Uhr wird dem Platz Frankfurter Allee, Ecke Möllendorffstraße feierlich der Name Stefan-Heym-Platz gegeben. Die Idee zur Namensverleihung hat DIE LINKE in die Lichtenberger BVV eingebracht.

### Tierbeobachter gesucht

Das Leibniz-Institut für Zoo- und Wildtierforschung in der Alfred-Kowalke-Straße unterstützt noch bis 2020 die Internationale Dekade der Biodiversität und sucht „Bürgerwissenschaftler/-innen“, die ihre Tierbeobachtungen mitteilen.

### Bäume gepflanzt

Spitzahorn, Zierapfel und Zierkirsche – 312 Straßenbäume wurden in diesen Wochen vom Bezirksamt gepflanzt. Geld dafür kam aus Haushaltsmitteln des Bezirkes und von privaten Spendern. Viele Standorte für die Pflanzungen wurden im Rahmen des Bürgerhaushalts vorgeschlagen.



## Stolpersteine putzen

In 17 europäischen Staaten und rund 900 deutschen Städten und Gemeinden liegen mittlerweile Stolpersteine. In Berlin verlegte Gunter Demnig im Juni feierlich den 50000.

50 000! Daran hätte der Kölner Gunter Demnig wohl selbst nicht geglaubt, als er 1996 ohne behördliche Genehmigung in Kreuzberg die ersten 50 Steine verlegt hatte.

Bereits 1993 hatte er das Projekt Stolpersteine der Öffentlichkeit vorgestellt. Insgesamt 50000 Menschen, die von den Nazis verhaftet, verschleppt und ermordet wurden, hat der Künstler auf diese Weise überall in Deutschland ein Andenken gesetzt. Für seine Arbeit wurde Demnig im Oktober 2005 der Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland verliehen.

In Lichtenberg gibt es bisher 89 Stolpersteine. Sie wurden von der „Initiative Stolpersteine“ verlegt. Zu jedem Stein gibt es eine Geschichte.

In einer Projektwoche des Coppi-Gymnasiums widmete sich eine Schülergruppe dem Thema „Stolpersteine in Karlshorst“. Unterstützt durch den Verein Licht-Blicke e. V. haben die Schülerinnen und Schüler die Biographien der Opfer recherchiert und aufgeschrieben. So zum Beispiel die der Familie Hamburgers. Dazu sagt eine Coppi-Schülerin: „Mir ging ein Gedanke immer wieder durch den Kopf: Was mögen die Nachbarn in der Stolzenfelsstraße 2 nur gedacht haben, als die Hamburgers das Haus mit einem Koffer zum letzten Mal verließen und der örtliche NSDAP-Führer in die Wohnung einzog?“

Gerade in Berlin wäre das Projekt Stolpersteine ohne das vielfältige bürgerschaftliche Engagement gar nicht möglich. Berlinerinnen und Berliner engagieren sich auf ganz unterschiedlichen Ebenen für diese Projektform des Gedenkens und Erinnerns: Sie initiieren Patenschaften für Stolper-



Fotos: Jörg Rückmann

In der Fanninger Straße 53 erinnert ein Stolperstein an die Berliner Lokalpolitikerin Frieda Rosenthal.

steine, geben Unterstützung bei Recherchen oder helfen Angehörigen, die zu Stolperstein-Verlegungen nach Berlin kommen.

Sie alle tragen dazu bei, dass das Gedenken in unsere Lebensmitte gerückt wird und Erinnerungsmale nicht weitab liegen. Wie oft besucht man schon eine Gedenkstätte? Aber wenn das Auge über einen messingfarbenen Stein im Bürgersteig stolpert, da schauen viele genauer hin. „Patenschaften geben mir die Kraft weiterzumachen – trotzdem kann es nur eine symbolische Arbeit bleiben“, meinte Gunter Demnig einst.

Kraft wird ihm auch geben, dass sich immer wieder Initiativen zusammentun, um die Stolpersteine zu putzen. Denn ein verlegter Stein, der nicht geputzt wird, wäre nach einigen Jahren unlesbar.

Deshalb rufen der DGB, Lichtblicke e. V. und die Initiative Stolpersteine wieder zur gemeinsamen **Putzaktion am 9. November um 10 Uhr** auf. Treffpunkt ist am Eingang der Trabrennbahn. Es werden Gruppen gebildet, die zu Fuß oder mit dem Fahrrad auf Putztour gehen. Im Anschluss wird ein kleiner Imbiss gereicht. *Norman Wolf*

## Veranstaltungen

- **Sonnabend, 9.11., 10 Uhr**  
Kiezspaziergang: „Jüdisches Leben im Weitlingkiez“, Treff: U-Bhf. Lichtenberg, Ausgang Weitlingstraße
- **Mittwoch, 13.11., 18.30 Uhr**  
Martina Michels, Nachrückerin für Lothar Bisky im EU-Parlament, lädt ein zum Gedankenaustausch; Café Sibylle, Karl-Marx-Allee 72
- **Freitag, 15.11., 19 Uhr**  
„Wir sind der Staat“, aus der Reihe „geDRUCKtes“, Lesung und Gespräch mit Daniela Dahn und Dr. Gesine Löttsch, MdB; Karl-Liebknecht-Haus, Anmeldung unter gedrucktes@die-linke.de
- **Mittwoch, 20.11., 17 Uhr**  
Tipps und Hinweise zu Wohnen und Mieten, mit Dr. Lieselotte Bertermann, Geschäftsstelle der LINKEN, Alfred-Kowalke-Straße 14
- **Sonnabend, 23.11., 10 Uhr**  
Landesparteitag der LINKEN. Berlin, WISTA-Veranstaltungszentrum, Rudower Chaussee 17, 12489 Berlin

## Hauptversammlung

Der Bezirksvorstand hat die 7. Tagung der 3. Hauptversammlung des Bezirksverbandes Lichtenberg der LINKEN einberufen:

- **Sonnabend, 7.12.2013, 10 Uhr**  
(Einlass ab 9 Uhr), Veranstaltungsort wird noch bekannt gegeben
- **Vorläufige Tagesordnung:**
  - Politische Lage nach der Bundestagswahl und dem Volksentscheid
  - Wahl der Delegierten zum 4. Bundesparteitag der LINKEN
  - Wahl der Mitglieder im Landesausschuss Berlin der LINKEN
  - Diskussion

## Mitgliedsbeiträge

Die in diesem Jahr aufgelaufenen Rückstände bei den Mitgliedsbeiträgen für DIE LINKE betragen Ende September schon knapp die Hälfte eines Monatsplanes. Der Bezirksvorstand bittet deshalb dringend alle säumigen Mitglieder, ihre noch offenen Beiträge in der Geschäftsstelle nachzuzahlen.

*Wolfgang Schmidt, Geschäftsführer*

## Musikinstrumente für Kuba

Die AG Cuba Sí unterstützt das Kuba-Projekt der deutschen Metalband „COR“: Die Musiker sammeln Instrumente und musikalisches Equipment für Kultureinrichtungen in Kuba. Cuba Sí sammelt mit und organisiert den Transport dieser Spenden auf die Insel. Bitte unterstützen Sie uns! (Infos und Spendenkonto: Tel.: 24 009 455, www.cuba-si.org)

## Vertreterversammlung

Der Bezirksvorstand hat die allgemeine Vertreterversammlung einberufen:

- **Sonnabend, 7.12.2013, 13 Uhr,**  
Veranstaltungsort wird noch bekannt gegeben
- **Vorläufige Tagesordnung:**
  - Wahl der Vertreter/-innen zur besonderen Vertreterversammlung der LINKEN



## Lichtenbergs Kultur ist ausgezeichnet

Die Theater am Broadway, die Mailänder Scala, der Louvre in Paris, die Eremitage in St. Petersburg – weltberühmte Orte, die bei jedem Kultur- und Kunstinteressierten wohl heftiges Fernweh hervorrufen. Was aber ist mit Lichtenberg?

In keinem internationalen Reiseführer wird der Bezirk als Mekka der Kultur erwähnt. Das ist nicht nachvollziehbar. Denn unser Bezirk hat alles zu bieten, was künstlerisches Flair ausmacht: Theater, Oper, Schauspiel, Malerei, Literatur ...

In Lichtenberg gibt es über 30 Galerien und Museen – vom Mies-van-der-Rohe-Haus bis hin zum Deutschen Fußballmuseum. Ein Besuchermagnet ist das neu gebaute, hochmoderne Kulturhaus mit seinem vielfältigen Angebot. Der Bezirk „leistet“ sich erfreulicherweise nach wie vor vier Bibliotheken. Mit dem „Theater an der Parkaue“ steht in Lichtenberg das einzige staatliche Kinder- und Jugendtheater in Deutschland. Aber auch das kleine Zimmertheater hat sich über Jahrzehnte einen guten Namen gemacht und ist aus Lichtenberg nicht mehr wegzu-

Foto: Jörg Rückmann



denken. Erst spielte es sein umfangreiches Repertoire im alten Kulturhaus Karlshorst. Als dies abgerissen wurde, um den späteren Neubau zu ermöglichen, zog das Schauspielensemble in die KULTschule im benachbarten Ortsteil Friedrichsfelde. Dort bauten die unermüdlichen Mitstreiterinnen und Mitstreiter einen Klassenraum liebevoll zum Kleinkunsttheater um.

Protagonisten des Zimmertheaters treten gemeinsam mit Schülerinnen und Schülern der Schostakowitsch-Musikschule und vielen Chorsängerinnen und -sängern alljährlich auch beim „Lichtenberger Chorsommer“ auf, der in diesem Jahr zum neunten Mal stattgefunden hat und sich stetig wachsender Beliebtheit erfreut. Vor fünf Jahren hat es der Verein „Gemeinsam in Lichtenberg e.V.“ auf Initiative seiner Vorsitzenden Gesine Lötzsch übernommen, dieses Musikereignis zu organisieren. Längst nehmen daran nicht mehr nur Chöre aus Lichtenberg, sondern auch aus anderen Bezirken Berlins teil. Zum Beispiel die Chorgemeinschaft der BVG – fahrende Musikanten werden also nicht nur besungen. Und das sehr gut.

Ein Kultur-Highlight in Lichtenberg ist das Kinderopernhaus, das im Mai 2009 sein Projekt gestartet und gerade sehr erfolgreich seine dritte Produktion auf die Bühne gebracht hat. Jeden Donnerstag verwandelt sich das Kinder- und Jugendfreizeitzentrum Steinhaus im Stadtteil Frankfurter Allee/Süd in ein Kiez-Opernhaus mit Proebühne, Bühnenbildwerkstatt und einem Opernkasino. Und genau dort entstehen – in inzwischen

*Das einzige staatliche Kinder- und Jugendtheater Deutschland gibt's in Lichtenberg.*

traditioneller Zusammenarbeit mit der Berliner Staatsoper – die Kinderoperproduktionen. Damit wird es Kindern, die oft aus Familien kommen, die sich einen Opernbesuch nicht leisten können, ermöglicht, sich am kulturellen Leben zu beteiligen, Freude an der Musik zu finden, stolz auf das eigene Können zu sein, das Selbstbewusstsein zu stärken. Initiatorin und Ideenstifterin ist die studierte Tontechnikerin und Sozialpädagogin Regina Lux-Hahn, die das Projekt inzwischen ehrenamtlich leitet, weil sie in den Ruhestand gegangen ist – ein Begriff, der angesichts ihrer unermüdlichen Aktivität ad absurdum geführt wird.

Auf seiner Internetseite [www.sternzeitung.de](http://www.sternzeitung.de) veröffentlichte das Kinderopernhaus eindrucksvolle Zahlen. Auf den Bühnen der Staatsoper, des Theaters an der Parkaue, der Max-Taut-Aula, des Kulturhauses Karlshorst fanden bisher 20 Vorstellungen statt. Hinzu kommen zwei Benefizgalas in Lichtenberg. Alle Veranstaltungen waren ausverkauft und lockten insgesamt 5200 Zuschauerinnen und Zuschauer an. 213 Mädchen und Jungen sind bisher durch die Teilnahme am Kinderoperprojekt künstlerisch-pädagogisch gefördert worden.

Vor kurzem erhielt das Projekt aus den Händen der Bundesbildungsministerin den Preis „Ideen für die Bildungsrepublik“. Ein weiterer Beweis für Lichtenbergs ausgezeichnetes Kulturangebot. *Tatjana Behrend*

### Bürgersprechstunden

- **Evrin Sommer**, Wahlkreis 1, ☎ 23 25 25 59, nach telefonischer Vereinbarung
- **Wolfgang Albers**, Wahlkreis 2, ☎ 23 25 25 51, nach telefonischer Vereinbarung
- **Marion Platta**, Wahlkreis 3, ☎ 23 25 25 50, 14. November, „LibeZem“, Rhinstraße 9, sowie am 5. Dezember, Kiezclub-Magnet, Strausberger Straße 5, jeweils 17 Uhr
- **Sebastian Schlüsselburg**, Wahlkreis 4, ☎ 0157/83558139, nach telefonischer Vereinbarung
- **Katrin Lompscher**, Wahlkreis 5, ☎ 23 25 25 08, 13. November, 17 Uhr, KULTschule, Sewanstraße 43
- **Harald Wolf**, Wahlkreis 6, ☎ 23 25 25 07, 11. November, „iKARUS“, Wandlitzstraße 13, sowie 9. Dezember, Bodo-Uhse-Bibliothek, Erich-Kurz-Straße 9, jeweils 17 Uhr

Wir kommen auch gern zu Versammlungen von Ortsverbänden, BO oder zu Kiezveranstaltungen. **Ladet uns ein!**



## Unter Finanzierungsvorbehalt ...

Das 10-Punkte-Programm der SPD für die Koalitionsverhandlungen mit CDU und CSU ist ein Widerspruch in sich. Die Kommunen sollen mehr Geld bekommen. Straßen, Brücken, Kindergärten, Schulen und Universitäten sollen gebaut bzw. saniert werden. Doch die SPD hat nicht aufgeschrieben, wie sie diese Forderungen finanzieren will. Die Erhöhung der Einkommensteuer und der Erbschaftsteuer sowie die Einführung der Vermögensteuer stehen nicht in ihrem Verhandlungskonzept. In der Steuerfrage ist die SPD schon vor Beginn der Koalitionsvereinbarung umgefallen. Die einzige Steuer, die sie immer noch fordert, ist die Finanztransaktionssteuer. Doch die hatte die Kanzlerin der SPD schon längst in die Hand versprochen. Das heißt aber nicht, dass sie in absehbarer Zeit wirklich kommt.

Deutschland ist nach Analysen des Internationalen Währungsfonds (IWF) eines der wenigen Länder in Europa, das sein Potenzial bei den Staatseinnahmen nicht ausnutzt. „In vielen entwickelten Nationen scheint es Spielräume zu geben, mehr Einnahmen an der Spitze der Einkommensverteilung zu erzielen, falls dies erwünscht ist“, schreibt der IWF. Wenn die Deutschen mit ihren europäischen Nachbarn gleichzögen, würde das Aufkommen aus Steuern und Abgaben um 3,1 Prozent der Wirtschaftsleistung steigen. Dies entspräche derzeit immerhin rund 80 Milliarden Euro zusätzli-

cher Einnahmen im Jahr. Dieses Geld brauchen wir dringend. Denn in Deutschland gibt es einen Investitionsstau.

Seit 2003 waren die öffentlichen Investitionen so niedrig, dass wir schon über elf Jahre von der Substanz leben. Die öffentlichen Krankenhäuser brauchen insgesamt 50 Milliarden Euro, um ihren Standard zu halten. In die Bildung müssten künftig rund 45 Milliarden Euro jährlich investiert werden. Es geht vor allem um den Ausbau der Ganztagsbetreuung.

Wie kam es zu diesem gewaltigen Investitionsstau? Die Steuersenkungen von SPD, Grünen, CDU, CSU und FDP haben von der Jahrtausendwende bis heute zu Einnahmeverlusten in Höhe von fast 500 Milliarden Euro geführt. Das Geld fehlt in den Kommunen an allen Ecken und Enden. Sie leben von der Hand in den Mund. Von 2001 bis 2012 stieg die Verschuldung durch kommunale Kredite von 11 auf 47 Milliarden Euro.

Es ist völlig unklar, wie die SPD ohne Steuererhöhungen diesen Investitionsstau auflösen will. Bekanntlich hat die SPD auch der Schuldenbremse zugestimmt. Damit ist die Finanzierung von dringenden Investitionen durch Kredite nicht mehr ohne weiteres möglich. Gleichzeitig sinken die Mittel aus dem Solidarpakt bis 2019 auf Null, was besonders in Ostdeutschland zu noch größeren Finanzierungsproblemen führen wird.

### Kontakt

Die Lichtenberger Bundestagsabgeordnete **Dr. Gesine Löttsch** ist erreichbar:

● Bürgerbüro, Ahrenshooper Straße 5, 13051 Berlin, ☎ 99 27 07 25, oder im Bundestag, ☎ 22 77 17 87; E-Mail: [gesine.loetzsch@wk.bundestag.de](mailto:gesine.loetzsch@wk.bundestag.de)

● **Sprechstunde:** 21.11. und 5.12., jeweils 17 Uhr, Bürgerbüro, Ahrenshooper Straße 5 (Bitte anmelden!)

**Ladet sie in Basis- und Bürgerveranstaltungen ein!**

Die SPD wird, so meine Prognose, viele ihrer Forderungen in den Koalitionsvertrag schreiben können, und CDU/CSU werden das akzeptieren. Sie wollen ja schließlich ihren Juniorpartner nicht frühzeitig verlieren. Allerdings wissen die Verhandlungspartner, dass jede Forderung auch finanziert werden muss. Deshalb stellen die Haushaltspolitiker den Koalitionsvertrag unter Finanzierungsvorbehalt. Wenn also das Geld für die schönen SPD-Forderungen nicht da sein sollte, dann ist zwar der Koalitionsvertrag Makulatur, die SPD-Minister sind aber vereidigt und die SPD-Mitglieder über den Tisch gezogen.

Gregor Gysi hat im Wahlkampf bereits angekündigt, dass wir in dieser Legislaturperiode mit SPD und Grünen Gespräche führen wollen, um den Wählerinnen und Wählern bei der nächsten Bundestagswahl eine linke Alternative präsentieren zu können. Das ist natürlich ein sehr schwieriges Unterfangen.

Wird die SPD als Regierungspartei Gespräche mit der LINKEN führen? Als sie sich in der Opposition befand, war sie dazu nicht bereit. Wenn sie jetzt ihre Meinung ändern sollte, dann mit der Erwartung, dass wir uns mit Kritik an ihr zurückhalten. Doch dann könnten wir unserer Aufgabe als Oppositionsführer nicht gerecht werden.

Wir werden das SPD-Wahlprogramm mit all den schönen linken Forderungen immer wieder zitieren, wenn es um die Bewertung der Regierungspolitik geht. Allerdings sollten wir realistisch sein. Die Regierung wird 80 Prozent der Abgeordneten hinter sich vereinigen. Die SPD wird – wie bei der letzten Großen Koalition – wieder in den Medien die Opposition in der Regierung spielen. Da bleibt nur noch wenig Sendezeit für die wirkliche Opposition. Wir werden nur erfolgreich sein, wenn wir es schaffen, eine breite Öffentlichkeit für unsere Forderungen zu gewinnen. Das wird unsere vorrangige Aufgabe sein.

*Gesine Löttsch*



*Gesine Löttsch lud ein zur Lärmdiskussion: An der Egon-Erwin-Kisch- und der Pablo-Picasso-Straße leiden Anwohner seit langem unter Eisenbahnlärm. V.l.n.r.: Herr Dyballa (Bürgerinitiative Berliner Luft), Evrim Sommer (MdA), Tim Brouwer (DB), Gesine Löttsch (MdB) und Norman Wolf (verkehrspolitischer Sprecher unserer BVV-Fraktion)*



## KULTSchule – eine Geschichte

Es gibt besorgte Gespräche über Gegenwart und Zukunft des Kultur- und Nachbarschaftsstandorts KULTSchule. Zu Recht!

Der Lichtenberger Kulturverein (LKV) sieht sich nicht mehr in der Lage, unter den derzeitigen Bedingungen die Verwaltung des Kultur- und Nachbarschaftshauses KULTSchule zu sichern. Das hat Verwirrungen hervorgerufen. Dabei ist leider festzustellen, dass drei miteinander verknüpfte, aber voneinander unabhängige Dinge vermischt werden.

Weder der Lichtenberger Kulturverein als Träger, noch das Stadtteilzentrum sind das Problem. Beide arbeiten zuverlässig seit Jahren und auch vom Bezirksamt anerkannt auf hohem Niveau.

Das Problem ist die KULTSchule als Gebäude und Verwaltungsobjekt. Sie ist ein Gebäude mit hohem Investitionsbedarf – mittlerweile redet man von über zwölf Millionen Euro – und mehreren Mietern. Der LKV ist durch Kooperationsvertrag mit dem Bezirksamt als Verwalter und Betreiber der ehemaligen Nils-Bohr-Oberschule eingesetzt und hat über Jahre durch Eigeninitiative und Kooperationen in dem Gebäude eine funktionierende Infrastruktur geschaffen und unterhalten.

Die wird zurzeit von acht Vereinen und Projekten, u. a. auch von einer Kita mit rund 80 Plätzen, genutzt. Das war möglich, da der LKV im Zusammenwirken mit dem Job-Center durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen vielen Menschen die Möglichkeit bot, vernünftiger, gesellschaftlich nützlicher Arbeit nachzugehen. Jeder weiß, wie prekär diese Arbeitsplätze sind und waren, wie sie auch gestützt wurden durch so genannte Sachmittel.

In den letzten Jahren aber verringerten sich diese Möglichkeiten entscheidend. Sie sind nunmehr auf einem Stand, der es nicht



Im Skulpturengarten der KULTSchule

mehr erlaubt, langfristig zu planen. Da sich aber der LKV seit Gründung nie als Wirtschaftsunternehmen sah, sondern als Kulturanbieter und -förderer, fehlt ihm heute auch die Möglichkeit, externe Einnahmen zu tätigen.

Es geht also nicht um den LKV, es geht um das Nachbarschaftshaus KULTSchule, dem muss eine Perspektive geboten werden. Seit Mai wird nun hinter verschlossenen Türen geredet. Die Mieter, die Besucher aber auch der Verwalter warten seither auf eine klare Aussage aus dem Amt. Hoffentlich vergisst keiner, dass es vor allem um die kulturellen und anderen sozialen Angebote für die über 65 000 Bewohnerinnen und Bewohner im Stadtteil Friedrichsfelde geht und nicht um Befindlichkeiten.

Jürgen Steinbrück

## Kultur im Bezirk

- **Mittwoch, 13.11., 16.30 Uhr**  
Berliner Märchentage: „Mäuserotkäppchen“; Alte Schmiede, Spittastraße 40
- **Donnerstag, 14.11., 18 Uhr**  
„Streifzüge“, Lesung mit Frau Dr. Hoffmann; Kiezspinne, Schulze-Boysen-Straße 38, Eintritt: 3 €
- **Freitag, 15.11., 18 Uhr**  
„Wir schenken unseren Kindern ein Lachen“, 14. Benefizkonzert der Gutenbergschule; Sandinostrasse 10
- **Freitag, 15.11., 19 Uhr**  
„Diskurs Amerika – Europa“, Dr. Sabine Kebir im Gespräch mit der Menschenrechtsaktivistin Nicole Bryan (USA); studio im hochhaus, Zingster Straße 25
- **Sonnabend, 16.11., 20 Uhr**  
Angela Reinhardt: „Aus dem Leben einer Ballerina“, Ballettabend; Kulturhaus Karlshorst, Treskowallee 112, Eintritt: 10/7,50 €
- **Sonntag, 17.11., 16 Uhr**  
Kindertheater: „Wo die wilden Kerle wohnen“ (ab 4 Jahre); Das weite Theater, Parkaue 23
- **Mittwoch, 20.11., 19 Uhr**  
„Fotografie der Wehrmachtspropaganda-Kompanien“, Vortrag von Alexander Zöllner; Deutsch-Russisches Museum, Zwieseler Straße 4
- **Freitag, 22.11., 19 Uhr**  
21. Kunstversteigerung zugunsten der Aktion „Kinder von Tschernobyl“; Ratskeller, Möllendorffstraße 6
- **Sonnabend, 30.11., 15–20 Uhr**  
Weihnachtskunstwerkstatt und Weihnachtssingen; Jugendkunstschule Lichtenberg, Demminer Straße 4
- **Sonntag, 1.12., 20 Uhr**  
Jazz Treff Karlshorst: Top Dog Brass Band; Kulturhaus Karlshorst, Treskowallee 112, Eintritt: 9 €
- **Ausstellungen**  
→ „Mein ganz privates Deutschland: Berlin-Lichtenberg“, Performance von Frauke Frech, Eröffnung: Sonntag, 10.11., 19 Uhr; Museum Lichtenberg, Türschmidtstraße 24, bis 29.11.  
→ Mahnaz Hosseini: Malerei, Eröffnung: Donnerstag, 14.11., 19 Uhr; Galerie OstArt, Giselastraße 12, bis 17.12.  
→ Lichtenberger Schüler zeigen „Bilder aus ihrem Kreis der Wahrnehmung“ in der Gedenkstätte Sachsenhausen; studio im hochhaus, Zingster Straße 25, Mo.–Do.: 11–19 Uhr, So.: 14–18 Uhr

### info links

#### Herausgeber

DIE LINKE – Landesvorstand Berlin  
Redaktionskollektiv, V.i.S.d.P. Kathrin Gerlof

#### Adresse der Redaktion

Geschäftsstelle der Partei DIE LINKE  
Alfred-Kowalke-Straße 14, 10315 Berlin

**Telefon:** (030) 512 20 47

**Fax:** (030) 51 65 92 42

**E-Mail:** lichtenberg@die-linke-berlin.de

**Web:** www.die-linke-lichtenberg.de

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Manuskripte sinnwahrend zu kürzen. Namentlich unterzeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Fall der Meinung der Redaktion. Keine Haftung oder Abdruckgarantie für unverlangt eingesandte Beiträge.

**Redaktionsschluss für Ausgabe 9/13:** 3.11.2013

Die nächste Ausgabe erscheint am 5.12.2013

**Abgabeschluss für Texte und Fotos:** 20.11.2013

**Druck:** Druckerei Bunter Hund

**Gestaltung:** Jörg Rückmann

**Diese Zeitung wird durch Spenden finanziert.**